

Titel: Gestaltung ermöglichen - Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Fokus

Einbringer*innen: Felix Förtsch, Henrik Hofmann

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig hat beschlossen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weitergeleitet:

Das Vertrauen in die SPD als "Anwältin der kleinen Menschen" ist seit Anfang der 2000er fast vollständig verloren. Während auf Bundesebene ein buntes Sträußchen an Maßnahmen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit durchgesetzt wurde, bleibt ein merklicher Vertrauensgewinn aus. Das ist nicht verwunderlich, denn die durchgesetzten Maßnahmen reichen nicht aus um die Schere zwischen Arm und Reich kleiner werden zu lassen. Ein übergeordnetes Ziel dieser Maßnahmen ist nicht erkennbar und kann somit auch nicht kommuniziert werden.

Es gibt genug gute Ideen! Investitionen in Bildung und Infrastruktur - besonders der sozialen Infrastruktur, die Energiewende. Soziale Gerechtigkeit braucht mehr Spielräume in den Haushalten.

Wir wollen, dass sich die Jusos mit den vorhandenen Ansätzen auseinandersetzen und für diese Lösungsvorschläge streitet. Dazu haben wir einen Maßnahmenkatalog aufgestellt, der als Wegweiser dienen kann.

Vermögenssteuer:

Das Vermögenssteuergesetz ist derzeit pausiert, da laut BVerfG die Steuer in ihrer damaligen Form nicht mit dem Grundgesetz vereinbar war. Eine grundsätzliche Verfassungswidrigkeit liegt allerdings nicht vor! Daher sollte die Idee nicht aufgegeben und bisherige Vorschläge auf Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz geprüft werden. Grob geschätzt sind durch die Aussetzung der Vermögenssteuer etwa 90 Milliarden Euro den öffentlichen Haushalten entgangen.

Kapitalertragssteuer

Einkommen aus Kapital wird mit 25% besteuert, während Lohneinkommen mit bis zu 45% besteuert werden. Zusammengefasst: Wer hat, der*dem wird gegeben. Diese Gerechtigkeitslücke muss vollständig geschlossen werden. Derzeit gibt es bereits Planungen diesen Ansatz umzusetzen. Für die lückenlose Umsetzung müssen wir uns einsetzen!

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Erbschaften manifestieren Ungleichheit und geben wenigen Menschen bessere Startbedingungen für das Erwachsenenleben. Bis zu einem gewissen Punkt ist dies gut und auch wünschenswert, jedoch sind die Erbschaften aus großen Vermögen sozial unverträglich. Daher müssen die Erbschafts- und Schenkungssteuer für große Vermögen angepasst werden.

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung

Das deutsche Steuersystem ist sehr komplex. Die Steuerhinterziehung und -vermeidung ist zum Volkssport geworden. Durch Steuerhinterziehung allein entgehen den EU-Staaten jedes Jahr geschätzt 130 Milliarden Euro an Einnahmen.

Es gibt zahlreiche Beratungsfirmen die sich darauf spezialisiert haben, Steuersparmodelle zu entwickeln. Es ist auch nicht auszuschließen, dass manche Steuerfirma intern Hinterziehungs-Modelle anwendet oder empfiehlt. Ein solches Vorgehen bleibt wenig vermögenden Bürgern schon allein deshalb verwehrt, weil sie es sich nicht leisten können. Der moralische Aspekt von gewissen Steuersparmodellen ist ebenfalls zu diskutieren. Der derzeitige aktuelle Bericht zu den Panama Papers zeigt deutlich, dass vor allem Menschen mit Kapital intensive Steuervermeidung betreiben können und dies auch tun.

Die Jusos sollen sich dafür einsetzen, dass das europäische Steuerrecht weiter harmonisiert wird. Es sollte mit aller Kraft dafür gesorgt werden, dass z.B. komplizierte Konstrukte zur Verlagerung von Gewinnen ins Ausland unterbunden werden. Es muss massiv Druck auf Banken und Versicherungen, welche bei Steuerhinterziehung vermitteln oder direkt helfen ausgeübt werden. Die internationalen Abkommen zum Austausch von Steuerinformationen müssen ausgebaut werden. Die berüchtigten "Steuer-CDs" müssen auch in Sachsen gekauft werden und die Informationen mit den anderen Ländern ausgetauscht werden.

Unbedingt nötig ist die Ausweitung der Steuerfahndung und die Stärkung der Finanzämter: Bundesweit sind mehrere Tausend Stellen zu wenig in den Finanzämtern vorhanden. In Sachsen wird die Zahl auf etwa 150 beziffert. Dabei ist belegt: Jede*r Steuerfahnder*in "erwirtschaftet" mehr Geld als die Stelle kostet.

Begründung:

Erfolgte mündlich.